

Log 4/2015

Ereignisse, Störungen und Probleme der digitalen Gesellschaft

Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau der Bürgerrechte stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

Aus Platzgründen beschränken wir uns in dieser Ausgabe auf den August 2015. Die Fortsetzung erscheint in der nächsten Ausgabe.

August 2015

4. August 2015: Nachdem Generalbundesanwalt Harald Range das Bundesjustizministerium im Zusammenhang mit dem Verfahren wegen Landesverrats gegen *netzpolitik.org* scharf angegriffen hatte, wird er am selben Tag durch Bundesjustizminister Heiko Maas in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Range hatte seinem Dienstherrn einen „unerträglichen Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz“ vorgeworfen, nachdem dieser ihn angewiesen hatte, den Auftrag zu einem Gutachten zu der Affäre zurückzuziehen. Das Ministerium bezeichnete die Äußerungen Ranges als „nicht nachvollziehbar“. Nachfolger Ranges soll der Münchener Generalstaatsanwalt Peter Frank werden. Der Fortgang des Verfahrens gegen *netzpolitik.org* ist zu diesem Zeitpunkt noch unklar (Quelle: *netzpolitik.org*, Heise).

5. August 2015: Die chinesische Regierung verstärkt die Internetüberwachung. Bei Betreibern großer Web-Dienste soll künftig eine Polizeiwache eingerichtet werden, um damit schneller auf Online-Kriminalität reagieren zu können. Dabei geht es nicht nur um Delikte wie Onlinebetrug oder Datendiebstahl, sondern auch um das „Verbreiten von Gerüchten“. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* kritisiert die Pläne (Quelle: Heise).

7. August 2015: Die NDR-Journalistin Anja Reschke fordert die Öffentlichkeit in ihrem Tagesthemen-Kommentar auf, Haltung gegenüber Hasskommentaren im Internet zu zeigen, die gegen Flüchtlinge gerichtet sind. „Wenn man also nicht der Meinung ist, dass alle Flüchtlinge Schmarotzer sind, die verjagt, verbrannt oder vergast werden sollten, dann sollte man das ganz deutlich kundtun“, erklärt sie dazu. In einem nachfolgenden Interview mit *tagesschau24* fordert sie auch von Politiker:innen, klar Stellung zu beziehen. Ihrer Beobachtung nach verstecken sich *Hater* anders als früher häufig nicht mehr hinter Pseudonymen und erhalten teilweise begeisterten Zuspruch. Der Kommentar löst weitere Hasskommentare, aber auch viel Zuspruch aus (Quelle: Tagesthemen, *tagesschau24*, Heise).

7. August 2015: Sicherheitsforscher finden eine Reihe kritischer Sicherheitsschwachstellen in Fahrzeugen des Herstellers Tesla. Sie waren in der Lage, bei geringem Tempo das Auto zum Stehen zu bringen und zu entriegeln, mussten sich dazu aber vorher Zugang zu dem Wagen verschaffen. Die Schwachstelle wurde von Tesla mittlerweile behoben, Besitzer sollen ein Update über WLAN und Mobilfunk erhalten (Quelle: Financial Times, BBC News, Heise).

10. August 2015: Entgegen der Ansicht von Bundesjustizminister Heiko Maas hat sein Ministerium Zweifel an der Rechtmäßigkeit der geplanten Vorratsdatenspeicherung. Der Beschluss des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) lasse möglicherweise nur noch eine anlassbezogene Speicherung von Verbindungs- und Standortdaten zu, beispielsweise für einen bestimmten Personenkreis. Juristen des Ressorts kommen zu dem Ergebnis, dass es nach dem EuGH-Urteil einen Zusammenhang zwischen den zu speichernden Daten und einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit geben müsse. Maas selbst ist der Ansicht, dass die Initiative der Bundesregierung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs erfülle (Quelle: Spiegel, Heise).

10. August 2015: Die Ermittlungen gegen *netzpolitik.org* wegen Landesverrats werden eingestellt. Bundesanwaltschaft und Bundesjustizministerium gehen nunmehr davon aus, dass es sich bei den veröffentlichten Inhalten um keine Staatsgeheimnisse handelt. Gegen die Quellen der Dokumente wird jedoch weiter wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses ermittelt (Quelle: Heise).

11. August 2015: Mobilfunkdaten können bei Facebook massenhaft ausgelesen werden. Ein britischer Softwareentwickler hat mit einem Skript zufällige mobile Telefonnummern an die Programmierschnittstelle des sozialen Netzwerks geschickt und darauf die Profile von Facebook-Nutzern erhalten, wenn dem Profil die entsprechende Nummer zugeordnet war. Die Suche anhand der Mobiltelefonnummer ist in den Datenschutzeinstellungen von Facebook standardmäßig freigegeben. Als Facebook über die Schwachstelle informiert wurde, habe das Unternehmen erklärt, es handele sich dabei nicht um eine Sicherheitsschwachstelle; auffällig häufige Abfragen der Programmierschnittstelle würden aber überwacht, um Missbrauch zu verhindern (Quelle: Heise).

12. August 2015: Einem Mitarbeiter von US-Präsident Barack Obama zufolge hat die US-Regierung die Weitergabe der Liste der NSA-Selektoren zur Kommunikationsüberwachung nicht untersagt. Sie habe auch nicht damit gedroht, die Geheimdienstkooperation einzustellen. Es seien lediglich Bedenken geäußert worden. Die Bundesregierung hatte das Verbot behauptet und damit begründet, die Liste nicht an Untersuchungsgremien weiterzugeben. Mit der Durchsicht der Listen wurde der ehemalige Bundesrichter Kurt Graulich als Sonderermittler beauftragt, der seine Erkenntnisse an den Untersuchungsausschuss weitergeben soll (Quelle: Zeit, Heise).

12. August 2015: Deutsche Geheimdienste sollen weiterhin bei Banken, Fluggesellschaften, Reisebüros, Post- und Telekommunikationsdienstleistern Auskünfte über „Terrorverdächtige“ einholen und IMSI-Catcher zur Überwachung des Mobilfunkverkehrs einsetzen. Die Bundesregierung will dazu Anti-Terror-Befugnisse gemäß dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz erneut verlängern, dieses Mal bis 2021. Das Gesetz, das 2007 in Kraft trat, wurde bereits 2011 einmal verlängert und erweitert. Datenschützer kritisieren, dass es das verfassungsrechtliche Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten unterlaufe (Quelle: Heise).

17. August 2015: Die Anzahl der Drohneinsätze soll nach Plänen des US-Verteidigungsministeriums bis 2019 um 50 %, von 61 auf 90, erhöht werden. Die meisten der Flüge dienten der Aufklärung, es soll aber auch die Zahl der tödlichen Luftschläge steigen. Für Aufklärungsflüge sollen auch Privatfirmen eingesetzt werden. Nach Zahlen des britischen *Bureau of Investigative Journalism* gab es seit Juni 2004 allein in Pakistan 419 Einsätze mit einer möglichen Zahl an Todesopfern zwischen 2467 und 3976 (Quelle: Bureau of Investigative Journalism, Wall Street Journal, Heise).

19. August 2015: 15.000 Menschen haben chinesische Behörden in Verbindung mit Internetkriminalität festgenommen. Gleichzeitig wurden 66.000 Websites unter anderem wegen „illegaler und gefährlicher Informationen“ geschlossen. Im Vormonat hatten die Behörden eine sechsmonatige Kampagne zur „Reinigung des Internets“ angekündigt (Quelle: Chinesisches Ministerium für öffentliche Sicherheit, Heise).

20. August 2015: Aufgrund des Hackerangriffs auf den Deutschen Bundestag, bei dem ein Trojaner eingeschleust worden

war, werden dessen Computersysteme zur Behebung der Schäden abgeschaltet. Damit ist der Bundestag für mehrere Tage vollständig offline. Über Details wurde „aus Sicherheitsgründen“ nichts bekannt. Der Vorfall wird als „schwerwiegender Angriff“ bezeichnet; der netzpolitische Sprecher der Grünen, Konstantin von Notz bezeichnete die Informationspolitik der Bundestagsverwaltung als „völlig unzureichend“ (Quelle: Heise).

21. August 2015: Aufgrund des „Rechts auf Vergessenwerden“ muss Google in Großbritannien auch Links zu Artikeln löschen, die das vorherige Löschen anderer Artikel zum Inhalt haben. Hintergrund sei, dass in diesen Artikeln die Vorwürfe gegen betroffene Personen erneut wiedergegeben würden, so Vize-Datenschutzkommissar David Smith (Quelle: Heise).

21. August 2015: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel kritisiert die neuen Beschlüsse der EU-Kommission, Berichte zu aktuellen Verhandlungsrunden bei TTIP den Mitgliedsstaaten nicht mehr schriftlich zukommen zu lassen. In einem Brief an Handelskommissarin Cecilia Malmström bezeichnet er es als einen „bedauerlichen Rückschritt in unseren gemeinsamen Bemühungen um größtmögliche Transparenz“. Zuvor hatte die Plattform *correctiv.org* Verhandlungsdokumente veröffentlicht, die als Verfassungssachen eingestuft waren (Quelle: correctiv.org, Heise).

23. August 2015: Weil sie „von Frauenverbänden und Gleichstellungsbeauftragten als unseriös“ angesehen wurde, hat der WDR eine umstrittene Ausgabe der Sendung „Hart aber fair“ aus der Mediathek entfernt. Die Auswahl der Gäste und die Gesprächsleitung seien für die Ernsthaftigkeit des Themas nicht ausreichend gewesen. Es seien aber keine Programmgrundsätze verletzt worden (Quelle: Bild, Heise).



Trauer um Peter Strutynski

Am 27. September 2015 starb Peter Strutynski.

Peter Strutynski kannte ich viele Jahre, nicht als Privatmenschen, sondern als „Macher“ und als Mahner wider die unfriedlichen Entwicklungen.

Er war Mitorganisator des Friedensratschlages in Kassel und setzte dort mit seinem Einleitungsreferat – pointiert, kompromisslos friedensorientiert, ungebeugt links, stilistisch brilliant – jedes Jahr aufs Neue den thematischen Rahmen für dieses größte regelmäßige Treffen der deutschen Friedensbewegung seit Mitte der 1990er-Jahre. Er formulierte zahlreiche friedenspolitische Aufrufe, Presseerklärungen und Stellungnahmen des Bundesausschusses Friedensratschlag. Vor Ort im Kasseler Friedensforum beteiligte er sich engagiert an konkreten Aktionen, z. B. vor lokalen Rüstungsunternehmen oder während der documenta. Er initiierte an der Gesamthochschule (später Universität) die Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung und sorgte so dafür, dass die Friedensforschung und -wissenschaft in Kassel auch in der Lehre ihren Platz fand. Als Autor und (Mit-)Herausgeber publizierte er zahlreiche Bücher, darunter jeden Herbst einen Sammelband zum Ratschlag des vorherigen Jahres, und schrieb Artikel – seit 25 Jahren auch für W&F. Dabei fand er noch Zeit, regelmäßig die Website der AG Friedensforschung zu bestücken – ein staunenswertes Kompendium für alle nur denkbaren friedenspolitischen Themen, Artikel, Dokumente und Publikationen seit dem Jahr 2000.

Selbst während seines ganz persönlichen Kampfs gegen den Krebs in den letzten drei Jahren zog er sich keineswegs ins Privatleben zurück, sondern nutzte seine guten Phasen u. a. für die Publikation neuer Bücher zu Kampfdrohnen und zur Ukraine.

Er wird beim Friedensratschlag fehlen – und nicht nur dort.

Regina Hagen
Wissenschaft & Frieden